

Ordentlicher Parteitag Unterbezirk Bremen-Stadt

21. September 2024, CCB, Congress Centrum Bremen

Beschlussübersicht

A 01 Modernisierung der Wohnhäuser „Auf dem Beginenlande“ Erhalt der Bau-Struktur und der Gärten

Antragstellung: Ortsverein Kattenturm/Kattenesch

A 02 Termin-Vergabe und Bearbeitung verbessern und beschleunigen im Bremer BürgerServiceCenter

Antragstellung: Ortsverein Kattenturm/Kattenesch

A 03 Filiale der Stadtteilbibliothek in Kattenturm endlich verwirklichen

Antragstellung: Ortsverein Kattenturm/Kattenesch

A 05 Schaffung einer verantwortlichen Koordinierungsstelle für Bauvorhaben im öffentlichen Raum

Antragstellung: Ortsvereine Schwachhausen Nord, Oberneuland, Borgfeld-Lehesterdeich, Schwachhausen-West

A 06 Errichtung und Betrieb neuer öffentlicher Toilettenanlagen, einschließlich einer Toilette für Menschen mit komplexen Behinderungen

Antragstellung: Ortsvereine Oberneuland, Schwachhausen-Nord, Schwachhausen-West, Borgfeld-Lehesterdeich, Horn-Achterdiek

A07 Zukunftskonzept zur Entwicklung und Sicherung der Bremer Kleingärten

Antragstellung: Ortsvereine Oberneuland, Schwachhausen-Nord, Borgfeld-Lehesterdeich, Huchting

A 08 Investitionskosten in Pflegeheimen

Antragstellung: Ortsverein Hemelingen/Sebaldsbrück

A 09 Keine neue Steuergeförderte Altersvorsorge durch Aktien und Indexfonds – Gesetzliche Rente stärken

Antragstellung: Ortsverein Hemelingen/Sebaldsbrück

A 10 Sozialdemokratisches Zukunftskonzept ist für die EU notwendig

Antragstellung: OV Peterswerder/Steintor & Schwachhausen-West

A 11 Kürzungen bei den Eingliederungshilfen im Bundeshaushaltsentwurf 2025 stoppen und die AGH-Maßnahmen sowie die soziale Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven retten!

Antragstellung: OV Neustadt

A 12 Ambulante medizinische Versorgung im Land Bremen gerecht steuern

Antragstellung: OV Neustadt

A 13 Sicherheit und Rücksichtnahme im Straßenverkehr sichtbar fördern

Antragstellung: Ortsverein Hastedt

A 14 Neue Gebäude für den Sportfischerverein Bremen e.V.

Antragstellung: Ortsverein Oberneuland

A 15 §218 StGB endlich abschaffen

Antragstellung: AG SPD Frauen

A 16 Sichere und saubere Stadt für Frauen

Antragstellung: AG SPD Frauen

A 17 Keine Abschiebungen von Frauen nach Afghanistan

Antragstellung: AG SPD Frauen

A 18 Treffpunkte in den Stadtteilen für Jugendliche schaffen

Antragstellung: AG Jusos

A 19 Rattenbekämpfung in Bremen verbessern

Antragstellung: OV Kattenturm/Kattenesch

I 01 Ablehnung der Verkürzung der Aufbewahrungsfrist von 10 auf 8 Jahre

Antragstellung: OV Schwachhausen-West

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion:

A 04 Schaffung einer Antragsstelle zur Bewilligung von Leistungen gemäß § 35a SGB VIII

Antragstellung: Ortsverein Schwachhausen Süd-Ost

Modernisierung der Wohnhäuser „Auf dem Beginenlande“ Erhalt der Bau-Struktur und der Gärten

1. Die Miethäuser „Auf dem Beginenlande“ müssen dringend saniert und modernisiert werden.
- 5 2. Die Modernisierung muss nach neuen Standards erfolgen.
3. Die Gärten sollen in bedarfsgerechtem Umfang erhalten werden.
4. In Verbindung mit der Sanierung darf es nur moderate Miet-preiserhöhungen geben.
5. Die Mieter und die Bürgerinitiative der Mieter müssen an den Beratungen über die Sa-
nierung und Modernisierung sowie den Planungen aktiv von der Brebau beteiligt wer-
10 den.
6. Die Aufsichtsratsmitglieder der Brebau werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine mieterfreundliche Sanierungsstrategie umgesetzt wird.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A02
---	-------------	------------

Termin-Vergabe und Bearbeitung verbessern und beschleunigen im Bremer BürgerServiceCenter

1. Die Termin-Vergabe im Bremer BürgerServiceCenter muss beschleunigt werden. Ein Dreiklang aus langfristigen Terminen, mittelfristigen Terminen sowie Spontanbesuchen ist erforderlich
2. Die Bearbeitung von Vorgängen soll schneller erfolgen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A03
---	-------------	------------

Filiale der Stadtteilbibliothek in Kattenturm endlich verwirklichen

Eine Filiale der Stadtbibliothek in Kattenturm ist anerkanntermaßen ein sinnvoller Baustein für die Entwicklung des Quartiers. Der Parteitag fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion auf – unter Wahrung der Priorität von Sanierungen bestehender Infrastrukturen - mit der Planung und Um-

5 setzung einer Stadtteilbibliothek in Kattenturm-Mitte baldmöglichst zu beginnen und bei den bisher geplanten Neubauvorhaben die Räumlichkeiten für diese Stadtteilbibliothek festzulegen

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A05
---	-------------	------------

Schaffung einer verantwortlichen Koordinierungsstelle für Bauvorhaben im öffentlichen Raum

Der Parteitag des Unterbezirks Bremen-Stadt fordert die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf eine Initiative einzubringen, um eine übergeordnete und unabhängige Koordinierungsstelle zu schaffen, die alle Bauaktivitäten der verschiedenen Dienststellen und Großbauvorhaben privater Träger im öffentlichen Raum koordiniert.

Errichtung und Betrieb neuer öffentlicher Toilettenanlagen, einschließlich einer Toilette für Menschen mit komplexen Behinderungen

Der Parteitag des Unterbezirks Bremen-Stadt fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf die Situation der öffentlichen Toiletten in der Stadt Bremen deutlich zu verbessern, indem ...

- die Errichtung und der Betrieb neuer öffentlicher Toilettenanlagen in der Stadt gefördert und finanziert werden.
- mindestens eine personalgeführte Toilette und eine sogenannte „Toilette für Alle“, die für Menschen mit komplexen Behinderungen geeignet ist, in der Bremer Innenstadt betrieben wird.
- die Bremer Stadtreinigung (DBS) nachhaltig mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um alle Toilettenanlagen nicht nur zu bauen, sondern auch zu betreiben und weiterzuentwickeln.

10

Zukunftskonzept zur Entwicklung und Sicherung der Bremer Kleingärten

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, ...

- ein umfassendes Zukunftskonzept „Bremer Kleingartenkonzept 2035“ mit verschiedenen Akteuren zu entwickeln. Dieses Konzept soll die langfristige Entwicklung und Sicherung der Kleingärten in Bremen gewährleisten und dabei sowohl soziale, ökologische als auch städtebauliche Aspekte berücksichtigen.
- die Gründung eines „Kleingartenbeirats“ zu initiieren. Dieser soll als beratendes Fachgremium gegründet werden, der die Belange der Kleingärten bespricht und Empfehlungen für die Behandlung in der Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft erarbeitet.
- den Antrag zu stellen, dass der Landesverband der Bremer Gartenfreunde als ständiger Gast in die Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft aufgenommen wird. Dies soll gewährleisten, dass die spezifischen Anliegen der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner regelmäßig und unmittelbar in die Beratungen der Deputation einfließen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Investitionskosten in Pflegeheimen

5 Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner müssen nachhaltig von den stark wachsenden Eigenanteilen entlastet werden. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deutlich stärker durch Steuerzuschüsse unterstützt werden.

Wir fordern Bund und Länder auf, einen Pakt zur Entlastung von Pflegeheimbewohner:innen zu schließen. Dazu sollen die Eigenanteile der Bewohner:innen im Rahmen der Pflegeversicherung gedeckelt werden. Die Länder sollen sich verpflichten, die auf diesem Wege von ihren Kommunen gesparten Sozialhilfeleistungen zur Beteiligung an den Investitionskosten einzusetzen.

Ebenfalls müssen die Gewinne der Pflegeheime zum Teil in die Investitionskosten einfließen!

Ebenfalls ist die Behandlungspflege in stationären Einrichtungen im höheren Umfang aus der Krankenversicherung zu finanzieren.

15 Der Unterbezirk tritt dem entsprechenden Antrag des antragstellenden Ortsvereins an den Landesparteitag bei.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A09
---	-------------	------------

Keine neue steuergeförderte Altersvorsorge durch Aktien und Indexfonds – gesetzliche Rente stärken

Die Mandats- und Funktionsträgerinnen und -träger der Bremer SPD werden aufgefordert, in ihrer jeweiligen Einflussosphäre darauf hinzuwirken, dass die Pläne der Bundesregierung für eine Schaffung von aus Steuermitteln geförderten Altersvorsorgedepots mit Aktien und ETFs (Abkürzung für Englisch „exchange-traded fund“) nicht weiter verfolgt werden. Stattdessen soll die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung durch eine Verbreiterung der Versichertenbasis gestärkt werden.

Der Unterbezirk tritt dem entsprechenden Antrag des antragstellenden Ortsvereins an den Landesparteitag bei.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A10
---	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Sozialdemokratisches Zukunftskonzept ist für die EU notwendig

Der Landesvorstand möge sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

- 5
- Die SPD ein konkretes, sozialdemokratisches Zukunftskonzept für die EU entwickelt
 - Künftig bei der Aufstellung der Bundesliste zur Europawahl eine Repräsentation aller Bundesländer unter den ersten 20 Plätzen sichergestellt wird
 - Insbesondere sichergestellt wird, dass die strukturschwachen Bundesländer entsprechend repräsentiert sind.
- 10
- Der Landesvorstand möge eine Projektgruppe „Europäische Politik“ einsetzen, mit dem Ziel
- Bremische Positionen und Forderungen für eine sozialdemokratische Zukunft der EU zu entwickeln
 - Die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments sicherzustellen, z.B. durch die Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen und eine Vernetzung der MEP's mit relevanten Akteuren in Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven
 - Das Land Bremen im SPD-Bundes-Netzwerk Europa zu vertreten und den Austausch über europapolitische Themen über die Landesgrenzen hinweg zu forcieren.
- 15

Kürzungen bei den Eingliederungshilfen im Bundeshaushaltsentwurf 2025 stoppen und die AGH-Maßnahmen sowie die soziale Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven retten!

Der SPD Unterbezirk Bremen-Stadt hält die vorgesehenen Kürzungen der Sozialausgaben im SGB-II-Bereich bei den Eingliederungshilfen im Bundeshaushaltsentwurf 2025 in Höhe von voraussichtlich -12,2 % bzw. -1,26 Mrd. Euro für nicht hinnehmbar und fordert

- 1) die SPD-Bundestagsfraktion und den Bremer Senat über den Bundesrat ausdrücklich dazu auf,
 - a) die vorgesehenen Mittelkürzungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit inklusive der Verwaltungskosten für die Job-Center im Bundeshaushaltsentwurf 2025 abzulehnen und zurückzunehmen, mindestens aber sich dafür einzusetzen, dass Kommunen mit besonders starken sozialen Herausforderungen bzw. einer hohen Arbeits- und Jugendarbeitslosigkeit, wie z.B. die Städte Bremen und Bremerhaven, davon weniger stark belastet werden als andere Kommunen.
 - b) sich konsequent gegen solche massiven Kürzungen von Sozialausgaben im SGB-II-Bereich einschließlich der geforderten Kürzungen des Bürgergeldes einzusetzen.

- 2) die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration dazu auf,
 - a) die negativen Folgen der für die Jobcenter Bremen und Bremerhaven geplanten Kürzungen der Mittel in 2025 für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit inklusive der Verwaltungskosten in beiden Kommunen so gut wie möglich einzudämmen.
 - b) alternative Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), mit dem Ziel zu überprüfen, ob damit die Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose in Bremen und Bremerhaven kurzfristig erhalten bleiben können.
 - c) im Sinne einer strategischen Steuerung gemeinsam mit den Jobcentern Bremen, Bremerhaven, den arbeitsmarktpolitischen Dienstleistern und anderen relevanten Akteuren in den Stadtteilen und Quartieren zu vereinbaren, wie z.B. durch eine Reduzierung von

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A11
---	-------------	------------

Overheadkosten oder die Bündelung von Projektstrukturen, möglichst viele Arbeitsgelegenheiten für die Menschen erhalten bleiben können.

- 30 d) im Sinne einer strategischen Steuerung gemeinsam mit den Jobcentern Bremen, Bremerhaven, den arbeitsmarktpolitischen Dienstleistern und anderen relevanten Akteuren in den Stadtteilen und Quartieren zu vereinbaren, welche Projekte zur kritischen sozialen Infrastruktur in den jeweiligen Stadtteilen und Quartieren zählen und darum einen erhöhten Bestandsschutz gegenüber anderen genießen sollten. Ein wesentliches Kriterium
- 35 muss dabei sein, inwieweit Frauen als Beschäftigte direkt und indirekt z.B. als Nutzerinnen betroffen sind.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A12
---	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Ambulante medizinische Versorgung im Land Bremen gerecht steuern

5 Die SPD im Land Bremen fordert den Landeszulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung für Bremen und Bremerhaven auf, die Zulassungsbezirke neu abzugrenzen und auf Stadtteile bezogen die ambulante Versorgung für Hausärzt:innen, Kinder- und Frauenärzt:innen, sowie (Kinder-) Psychotherapeut:innen bedarfsgerecht zu organisieren.

10 Bei der hausärztlichen Versorgung wären für die Stadt Bremerhaven zwei und für die Stadt Bremen sechs Zulassungsbezirke sinnvoll, was einer Größenordnung von 60.000 bis 100.000 Einwohner:innen im Planungsbereich entspräche. Die spezialisierte und gesonderte Fachärztliche Versorgung sollte entsprechend angepasst werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A13
---	-------------	------------

Sicherheit und Rücksicht im Straßenverkehr sichtbar fördern

Wir fordern den Innensenator auf durch eine Ausweitung der Geschwindigkeitskontrollen für eine bessere Überwachung des fließenden Verkehrs zu sorgen.

Die Kontrollen sollen dabei von einer Öffentlichkeitskampagne flankiert werden, die vor allem
5 das Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden in den Mittelpunkt stellt.

Stärkung des Gewässerschutzes und Aufbau einer nachhaltigen Fischzucht für bedrohte Fischarten durch den Bau eines Gebäudes mit Lagerhalle und integrierter Aufzuchtstation/Bruthaus für den Sportfischerverein Bremen e.V. am Unisee in Bremen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert...

- 5
- die Zusammenarbeit mit dem Bremer Angelvereinen, im Besonderen mit dem Sportfischerverein Bremen e.V. (SFV Bremen e.V.), der seit über 115 Jahren viele der städtischen Gewässer in Bremen ehrenamtlich und mit großem Engagement betreut, zu vertiefen. Der Verein, der als ältester Natur- und Gewässerschutzverein Bremens gilt, leistet unentgeltlich wertvolle Arbeit zur Erhaltung und Pflege der städtischen Gewässer, was fehlende Ressourcen des Landes Bremen ergänzt und kompensiert. Diese Tätigkeit ist von
- 10
- die nachhaltige Betreuung der Gewässer weiter zu gewährleisten und den Schutz gefährdeter Fisch- und Krebsarten in Bremen zu stärken. Daher ist der Bau eines zentralen Gebäudes mit Lagerhalle und mit angeschlossenem Bruthaus am Unisee umzusetzen. In
- 15
- die „Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft“ und die "Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation" als zuständige oberste Landesbehörden und die Senatorinnen Katrin Moosdorf und Kristina Vogt aufzufordern, Drittmittel beim Bund und
- 20
- der EU einzuholen, um die Kosten für Land, Kommune und Verein zu minimieren.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A15
---	-------------	------------

§ 218 StGB abschaffen – jetzt oder nie!

Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Bundestags auf, sich im Bundesrat bzw. Bundestag für die Abschaffung des § 218 StGB noch in dieser Legislaturperiode einzusetzen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A16
---	-------------	------------

Sichere und saubere Stadt für Frauen

Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert den Senat und die Bürgerschaftsfraktion auf, bei allen Konzepten zur Verbesserung der Sicherheit in der Innenstadt und in den Stadtteilen die Bedürfnisse und Interessen von Frauen zu berücksichtigen. Zur flächendeckenden Beseitigung von Angst-Räumen gehört auch, Bereiche zu identifizieren, wo Frauen besonders häufig sexueller Belästigung („Cat-calling“) im öffentlichen Raum ausgesetzt werden, und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Dabei ist auch eine Beteiligung von Frauen und Frauenverbänden an den entsprechenden Gremien vorzusehen soweit dies nicht bereits gegeben sein sollte.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A17
---	-------------	------------

Keine Abschiebung von Frauen nach Afghanistan

Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert Innensenator Mäurer auf, keine Abschiebungen von Frauen nach Afghanistan anzuordnen und sich auch in der IMK und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Frauen nicht nach Afghanistan abgeschoben werden dürfen.

- 5 Die SPD Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich im Bundesrat, den Bund-Länder-Beratungen und der Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Frauen aus Afghanistan als Flüchtlinge im Sinne von §3 Abs. 1 AsylG anerkennt

Wünsche von Jugendlichen nicht mehr länger ignorieren – Treffpunkte in den Stadtteilen schaffen

Bremen bietet mit seinen Seen, Ufern oder Parks vielfältige Freizeitorde – die auch von Jugendlichen gerne genutzt werden und uns allen kostenlos zur Verfügung stehen. Doch Weser, Werdersee & Co. sind bei schlechtem Wetter unattraktiv und nicht-kommerzielle Treffpunkte in den Stadtteilen, die nicht unter der direkten Aufsicht Erwachsener stehen, fehlen. Umso wichtiger ist es also, genau solche Räume zu schaffen – schließlich sollten Jugendliche nicht dem Zwang unterliegen, für ihre Freizeit bezahlen zu müssen.

10 Wir fordern:

- Für jeden Stadtteil ein „Aufenthaltsflächenkonzept für Jugendliche“ vorzulegen, das unter Beteiligung von Jugendlichen in Abstimmung mit den Beiräten und Jugendbeiräten ressortübergreifend erstellt wird, die vielfältigen Interessen und Bedarfe berücksichtigt und Finanzierungsvorschläge für neu zu schaffende oder zu modernisierende Flächen enthält (z. B Städtebaufördermittel).“
- bei wichtigen Stadtentwicklungsprojekten, die einen wichtigen Aufenthaltsort für Jugendliche betreffen, wie z.B. die Entwicklung der Bremer Innenstadt, Jugendlichen verpflichtend die Möglichkeit zu geben, eigene Ideen und Wünsche zu äußern. Hierfür bedarf es (digitalen) Beteiligungsformaten für alle Jugendlichen. Da die bereits bestehenden Jugendforen und Jugendbeiräte nur für einzelne Stadtteile gelten, brauchen wir außerdem eine Jugendbeirätekonferenz für ganz Bremen. Diese muss mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, um die Interessen junger Menschen effektiv zu vertreten.
- die finanziellen Bedürfnisse von Jugendfreizeitheimen und weiteren sozialen Angeboten für Kinder und Jugendliche langfristig zu sichern und in diesem Bereich die finanziellen Mittel aufzustocken.

Rattenbekämpfung in Bremen verbessern

Klimabedingt und menschenverursacht finden immer mehr Ratten ihr zuhause in Bremen.

Ratten sind Krankheitsüberträger und gefährden somit die Gesundheit der Bremer Bevölkerung. Um dies zu verhindern ist es notwendig eine Meldepflicht und eine ressortübergreifende zentrale Stelle zur Prävention, Erfassung und raschen Bekämpfung zu etablieren. Das Rattenproblem erfordert eine Lösung aus einer Hand.

Der Senat wird aufgefordert zur Bekämpfung und Prävention z.B. folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Erweiterung der zentralen Meldestelle mit gezielter ressortübergreifender Maßnahmentätigkeit als Service aus einer Hand bei Erweiterung der jetzigen Meldezeiten.
- Mehrsprachige Informationen in Flyern, sozialen Medien, an Gewässern mit Entenfütterung, usw. Hierbei Antworten liefern, warum Ratten die Gesundheit gefährden. Fütterungsverbotsschilder aufstellen bzw. erneuern.
- Kurze Informationsveranstaltungen, z.B. an Kitas, Schulen, bei Wohnungsbauunternehmen, in Erstaufnahmestellen, in der Gastronomie, beim Lebensmittelhandel, in Kleingartenvereinen, Bürgerhäusern, Ortsämtern, Quartierseinrichtungen, Gesundheitstreffs, Seniorenbegegnungsstätten, Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- Verbesserte Müllsammelstellen/Informationen, Aufstellen von mehr und geschlossenen Müllbehältern in Grünanlagen.
- Regelmäßige Überprüfung des Kanalsystems durch Hansewasser bei gleichzeitiger Bekämpfung der Rattenplage, auch im Kanalsystem, mittels Ködern.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	I01
---	-------------	------------

Ablehnung der Verkürzung der Aufbewahrungsfrist von 10 auf 8 Jahre

Der UB Bremen-Stadt spricht sich gegen die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist von Rechnungen/Unterlagen von 10 auf 8 Jahre aus.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 21. September 2024	2024	A04
---	-------------	------------

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Schaffung einer Antragsstelle zur Bewilligung von Leistungen gemäß § 35a SGB VIII

Schaffung einer Antragsstelle zur Bewilligung von Leistungen gemäß § 35a SGB VIII, um das
5 Problem der bisher ungeklärten Zuständigkeit zu überwinden und eine effektive Durchsetzung
des Anspruches zu gewährleisten.